

wie viele wertvolle Handwerker haben keine Nachfolger hinterlassen, weil auch die Schulung des Nachwuchses als Feindarbeit betrachtet worden ist!

Vier Wochen später gab das umbenannte Ministerium eine Verordnung heraus, die es jedem Polen gestattet, ein Restaurant oder einen Schnellimbiss auf eigene Rechnung zu eröffnen; um „der Initiative in der privaten Gastronomie günstige Bedingungen zu verschaffen“, sind die neuen Wirte auf drei Jahre von allen Steuern befreit.

Im Juni verabschiedete das polnische Parlament, der Sejm, ein Gesetz, das in Zukunft auch alle privaten Handwerker von der Konzessions-Pflicht befreit. Selbst die Beschäftigung von Angestellten — in der Vergangenheit als „kapitalistische Ausbeutung“ untersagt — ist den Meistern nun gestattet; sie wird vom Staat sogar gefördert, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Als Anreiz für die 160 000 vorhandenen Privatbetriebe verspricht der Staat Steuervergünstigungen bei Aufwendungen bis zu 100 000 Zloty (15 000 Mark). Für neugegründete Werkstätten stellt er Aufbaukredite bis zu einer halben Million Zloty bereit — das entspricht etwa dem Kaufpreis von zwei Einfamilienhäusern.

Den nächsten Schritt, neben der privaten Initiative auch privates Geld zu aktivieren, kündigte die Wochenzeitschrift „Polityka“ an: Um den staatlichen Wohnungsbau zu entlasten, warb sie für den Bau von Einfamilienhäusern in den Randzonen der Städte. Denn am eigenen Haus als privatem Besitz habe bisher zu Unrecht ein „spezifisch ideologischer Ruch“ gehaftet.

FISCHFANG

Krieg um Kabeljau

Island sperrt westdeutschen und britischen Fischern reiche Fanggründe. Die Briten setzen jetzt auf ihre Navy.

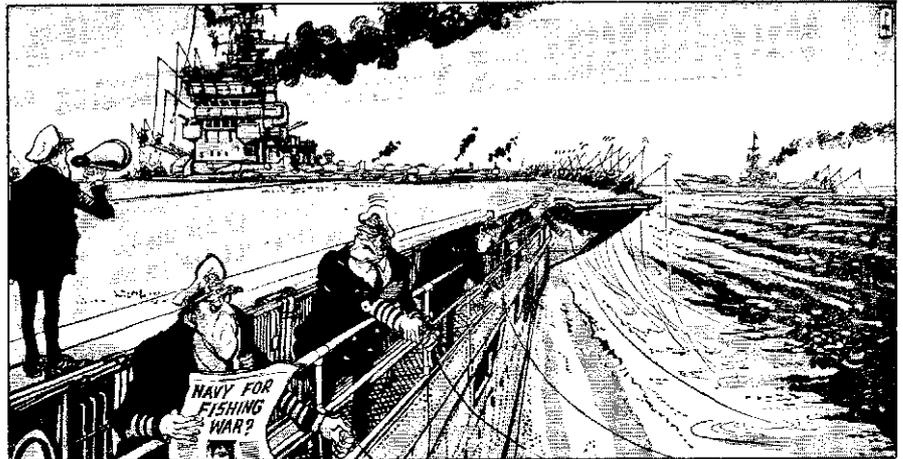
Lady Tweedsmuir, Staatsministerin in Londons Außenamt, übte sich in Kanonenboot-Diplomatie. „Ich hoffe“, so warnte die schottische Dame den Nato-Verbündeten Island, „wir brauchen die Kriegsflotte nicht einzusetzen.“ Zugleich gab die Admiralität bekannt, Englands Raketenschnellboot „Tenacity“ werde nunmehr dem Fischereischutzgeschwader zugeteilt.

Anlaß zum Säbelrasseln der Briten ist der Beschluß der Regierung in Reykjavik, am 1. September die isländischen Fischereigrenzen von bisher zwölf auf 50 Seemeilen auszuweiten. Denn Islands Fangreviere für Kabeljau, Heilbutt und Schellfisch, so Reykjaviks Begründung, seien „überfischt“.

Seit 300 Jahren fischen Britanniens Fischer in den Gewässern um Island, einem der reichsten Fanggründe der Welt. Um den alten Brauch zu schützen,

verkündete jetzt Lord Kennet, Labour-Sprecher für auswärtige Angelegenheiten im Oberhaus, sei England bereit, es auf „einen großen Krach mit unserem Verbündeten“ ankommen zu lassen.

Schon einmal, als 1958 Irland seine Territorialgewässer von vier auf zwölf Meilen ausdehnte und so fremde Trawler aus reichen Fanggründen verdrängte, reagierten die Briten hart. Sie ließen



The Sun, London

„Kommandozentrale! Ich glaube, es hat einer angebissen!“

ihre Fischereifahrzeuge von Fregatten der Royal Navy eskortieren. Englands Fischer sorgten dafür, daß kein isländischer Kutter seine Fänge in einem britischen Hafen anlanden konnte.

Drei Jahre später erkannte London zwar schließlich die neue Wassergrenze an, ließ sich aber von Reykjavik versprechen, künftig Fischerei-Streitigkeiten vom Internationalen Gerichtshof im Haag entscheiden zu lassen.

Gegen diese Bestimmung im Friedensschluß opponierten schon damals in Reykjaviks Althing (Parlament) die Kommunisten. Nachdem sie durch die Wahlen im letzten Jahr starken Einfluß in der linkssozialistischen Koalitionsregierung gewonnen hatten — zwei von sieben Kabinettsmitgliedern sind Kommunisten, zwei Minister sympathisieren mit ihnen —, steuerte denn auch Island prompt wieder auf Kollisionskurs.

Wegen Verletzung des Fischereiabkommens klagt Britanniens Regierung daher nun vor dem Internationalen Gerichtshof im Haag. Tatsächlich muß Großbritannien um ein Viertel seines Fangs fürchten — Fische, Schuppen- und Schalentiere im Wert von zuletzt 220 Millionen Mark im Jahr. Mannschaften von 170 Schiffen, Verarbeiter und Händler — fast 100 000 Menschen — bangen um ihren Verdienst.

Auch Westdeutschlands Hochseefischer fühlen sich bedroht. Für sie bedeutet, so behaupten ihre Funktionäre, die neue 50-Meilen-Zone einen Fangausfall im Wert von jährlich 80 Millionen bis 100 Millionen Mark. 45 Trawler müßten stillgelegt werden. Rund 1200 Besatzungsmitglieder wären dann ohne

Job. Um Schaden abzuwenden, rief daher Bonns Regierung gleichfalls die Haager Richter an. Ein Bonner Diplomat: „Wir können ja schlecht die Bundesmarine nach Island schicken.“

Reykjaviks forsche Regierungsherren haben schon erklärt, daß sie auch ein Haager Rechtsspruch nicht beeindruckt werden. Sie glauben, sich eine Kraftprobe leisten zu können. Denn anders

als während des ersten Kabeljaukrieges kann Island diesmal auf seine Abnehmer in England und Deutschland verzichten, weil heute ihre Hauptkäufer die Amerikaner sind.

Vor allem aber kann Island mit der Drohung, den Nato-Stützpunkt Keflavik zu schließen, Druck ausüben.

„Ist der Flugplatz von Keflavik der Preis, den Island zahlt, so daß es ungestraft die Ansprüche der britischen Fischereiflotte ignorieren kann?“ ängstigte sich im Unterhaus der Sozialist Kevin McNamara, der den Fischereihafen Hull vertritt. Und im Oberhaus mahnte Lord Kennet: „Wenn die Sowjet-Union Island als unsinkbaren Flugzeugträger und als U-Boot-Basis benutzen könnte, wäre das eine äußerst ernste Sache.“

UNTERNEHMER

Vier Stunden arbeiten

Ein Publicity-scheuer Unternehmer katapultierte Englands Vergnügungskonzern Grand Metropolitan Hotels binnen weniger Jahre von Nummer 233 auf Platz zwölf der umsatzstärksten Inselunternehmen.

Alles, was er berührte“, beobachtete der Londoner „Observer“, „wurde schnell zu Gold.“

Englands Goldfinger ist Maxwell Joseph, 62, Boß des größten Vergnügungskonzerns Europas: Grand Metropolitan Hotels.

Joseph beglückt die Playboys mit der alljährlichen „Miß World“-Wahl, ver-